

So könnte das Rechenzentrum in Wilhelmshaven laut einem mit Künstlicher Intelligenz generiertem Bild von Bright & Green aussehen. BILD: B&G

Milliardenschweres Rechenzentrum geplant

WIRTSCHAFT Niederländisches Unternehmen gewährt Einblicke in Pläne für die Nordseeküste

VON LUKAS KLUS

WILHELMSHAVEN – Auf vier Hektar Fläche soll in Wilhelmshaven ein Rechenzentrum mit eigenem Energiepark entstehen. Damit soll die Stadt zu einem Zentrum der digitalisierten Wirtschaft werden. Hinter dem voraussichtlich milliardenschweren Großprojekt steckt das niederländische Unternehmen Bright & Green (B&G). Das Unternehmen hatte vor kurzem die Fläche bei Sengwarden erworben, nachdem sie durch die Stadt für eine gewerbliche Nutzung der Branchen Energie und Digitalisierung ausgeschrieben worden waren. Nun hat B&G im Rahmen einer Pressekonferenz über seine Pläne für das Gelände informiert.

International wettbewerbsfähig werden

Grundsätzlich sei man gerade noch in der Planungsphase, sagt Gerd Schmidt, Leiter des Projekts für B&G. Vieles werde demnach gerade noch ausgearbeitet und müsse auch noch durch etliche Genehmigungsverfahren. Grundsätzlich soll das Rechenzentrum von Unternehmen aus der Region wie auch vom Militär genutzt werden. Mit dem Rechenzentrum soll auch eine Batteriespeicheranlage, ein sogenannter Energiepark, entstehen. Die abgegebene Wärme des Rechenzentrums solle nicht verschwendet werden – man arbeite deshalb derzeit an Projekten, um die Wärme nutzbar zu machen. Das langfristige Ziel hinter dem Projekt ist laut Schmidt: Wilhelmshaven zum international wettbewerbsfähigen Standort der Digital- und Energiewirtschaft machen.

Günstig wird das Projekt nicht: Die Kosten werden laut der Einschätzung von Schmidt die Milliardenmarke wohl „deutlich überschreiten“. Genauere Angaben dazu machte er jedoch derzeit noch nicht.

Auch über den Zeitrahmen machte Schmidt noch keine genaueren Angaben. Gerade sei man noch am Anfang der Planungen, bis das Rechenzentrum dann Wirklichkeit geworden ist, könnten durchaus vier bis fünf Jahre vergehen.

Für das Rechenzentrum soll laut dem Unternehmen eine eigene Projektgesellschaft in Wilhelmshaven gegründet werden – so soll der Standort auch steuerlich von dem Großprojekt profitieren. Außerdem sollen laut der Einschätzung von Gerd Schmidt etwa 150 neue Arbeitsplätze entstehen.

Hoffnung auf mehr Fläche

Tom Nietiedt, Präsident des Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbandes Jade, äußerte außerdem die Hoffnung, dass es nicht bei den vier Hektar Fläche bleibe, die derzeit zur Verfügung stehen. Als Vertreter der Wirtschaft begrüße er eine Erweiterung des Geländes, so Nietiedt.

Mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Olaf Lies hat das Großprojekt einen prominenten Fürsprecher. Er sprach während der Pressekonferenz von einer „Ankerinvestition“ und einer „Riesenchance“ für die Region. „Wir haben den Bedarf – wir können KI nicht ohne Rechenzentrum machen“, so Lies. Es sei wichtig, dass Niedersachsen selbst dabei zum Standort werde.

Andreas Tönjes legt Klinikum-Mandat nieder

KONSEQUENZ Ratsherr kritisiert Defizite bei Information und Kontrolle – Handlungsbedarf für künftiges Zentralklinikum

VON JÜRGEN WESTERHOFF

WILHELMSHAVEN – Ratsherr Andreas Tönjes, Sprecher der Gruppe „Gemeinsam BUNT“, hat sein Mandat als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH niedergelegt. Er begründet diesen Schritt mit aus seiner Sicht seit Jahren bestehenden Defiziten bei der Information und Kontrolle des städtischen Unternehmens.

Kontrollfunktion „stark eingeschränkt“

Wie die Nordwest-Zeitung bereits berichtete, hatte Tönjes im Rat erklärt, er sehe sich in seiner Kontroll- und Überwachungsfunktion „stark eingeschränkt“. Zuvor hatte er der Verwaltung insgesamt 34 Fragen vorgelegt. Dabei ging es unter anderem um die Entlastung des Aufsichtsrates für die Jahre 2023 und 2024, den Jahresabschluss 2024, die Aufgaben des Beteiligungsmanagements sowie die Informations- und Weisungsrechte des Rates.

Nach Darstellung von Tönjes wurden ihm seit der Übernahme des Mandats Ende 2024 wiederholt wichtige Unterlagen verspätet vorgelegt. Deshalb habe er den Rat



Andreas Tönjes hat sein Klinikum-Mandat niedergelegt. BILD: ARCHIV

nicht rechtzeitig über bedeutende Beschlüsse informieren können. Auch die Einsicht in Protokolle des Aufsichtsrates sei ihm bislang nicht ermöglicht worden. Dadurch könne der Rat seine Weisungsrechte nicht ausreichend wahrnehmen.

Tönjes hatte beantragt, den Rat künftig rechtzeitig und vollständig über wesentliche Angelegenheiten städtischer Beteiligungsgesellschaften zu informieren und ein Verfahren zur frühzeitigen Abstimmung zwischen Geschäftsführungen, Verwaltung und Politik einzuführen.

Kämmerer Thomas Bruns hatte dem entgegengehalten, dass der Rat mit der Ausgliederung von Gesellschaften einen Teil seiner Kompetenzen an deren Gremien abgegeben habe.

Die gesetzliche Informationspflicht liege bei den entsandten Ratsmitgliedern. Der Antrag von Tönjes sowie zwei weitere Vorstöße seiner Gruppe fanden keine Mehrheit.

Rückzug als „bewusstes Signal“

Sein Rückzug sei kein Zeichen der Resignation, sondern ein „bewusstes Signal“, erklärte Tönjes. Besondere Bedeutung erhält der Schritt für ihn durch die Entscheidung für ein gemeinsames Zentralklinikum von Wilhelmshaven und Friesland. Wenn eine noch größere und komplexere Krankenhausstruktur geschaffen werde, müssten auch deren Kontrolle und politische Begleitung zuverlässig geregelt sein.

Der künftige Rat müsse deshalb dafür sorgen, dass Fehler aus den bisherigen Strukturen nicht auf das Zentralklinikum übertragen würden. Mangelnde Kontrolle sei keine abstrakte Auseinandersetzung um Zuständigkeiten und Paragrafen. Die Folgen träfen letztlich die Beschäftigten, die Patientinnen und Patienten sowie die Bürgerinnen und Bürger.